Herr Meier stellt die Ziele der Landesregierung bezüglich Strom aus Photovoltaikanlagen und das in diesem Zusammenhang geänderte Klimagesetz vom 19.12.2023 vor.

Die Ausbauziele sind noch einmal angehoben worden und betragen nun ca. 34 ha des Stadtgebietes Schortens.

Das erarbeitete Konzept dient der Suche geeigneter Flächen für Photovoltaik und Agri-Photovoltaik.

Herr Meier erläutert die Privilegierungstatbestände, die keiner späteren Bauleitplanung bedürfen.

Aus der Studie ergeben sich Gunstflächen, die eine Bauleitplanung nach sich ziehen.

Gunst-, Restriktions- und Ausschlussflächen ergeben sich aus dem vorgestellten Kriterienkatalog. Als Ergebnis werden die Karten 7a und 7b gezeigt, welche die in Schortens zur Verfügung stehenden Flächen abbilden.

Für Agri- Photovoltaikanlagen (Photovoltaikanlagen, unter denen Landwirtschaft weiterhin möglich ist) ergeben sich andere Flächen, als für herkömmliche Photovoltaikanlagen, da bei diesen das Landschaftsbild zu berücksichtigen ist.

Auf die Frage warum die Wasserschutzzone eine Auswirkung auf die Möglichkeit der Errichtung von Photovoltaikanlagen habe, erläutert Herr Meier, dass sich die Errichtung von Photovoltaik in der Wasserschutzzone III positiv auf die Böden auswirkt, da im Falle der Errichtung von Photovoltaik keine landwirtschaftlichen Erzeugnisse mehr auf die Böden gebracht werden.

Herr Meier geht insbesondere auf die neu eingefügte Karte 9 ein, welche sich aus dem Nds. Klimagesetz, welches ab 19.12.2023 gültig ist ergeben hat. Demnach ist als Grundsatz der Raumordnung eine Definition von Standorten für die Photovoltaikanlagen eingeführt worden.

Diese Karte geht ausschließlich von der Bodenzahl des LBEG aus und betrachtet nicht die zuvor schon festgestellten Gunstflächen.

Es ergeben sich Ausschluss- und Restriktionsflächen, die an einer Bodenzahl geknüpft sind. Diese Flächen bedürfen einer Einzelfallprüfung, sofern lediglich die Bodenzahl dazu geführt hat, dass die Flächen als Ausschluss- bzw. Restriktionsfläche eingestuft wurden.

Außerdem hat in jedem Fall eine agrarstrukturelle Verträglichkeitsprüfung durch die Landwirtschaftskammer zu erfolgen.

Floating-PV-Anlagen werden ebenso im Einzelfall, wie Gunstflächen in kohlenstoffhaltigen Böden geprüft.

Zusammenfassend stellt die Studie 3 % des Stadtgebietes als Gunstflächen für Photovoltaikanlagen und 8,8% für Agri-PV-Anlagen fest.

Der APB stimmt über den Beschlussvorschlag ab. Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag: